

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ehrhardts Aufmarsch gegen Berlin.

Die Situation auf dem inneren Kriegsschauplatz läßt sich nicht besser kennzeichnen als durch die Gegenüberstellung zweier Nachrichten: In Nordbayern kommandiert Ehrhardt und in Sachsen ist Schühlinger abgesetzt. Ehrhardt, der am 13. März 1920 seine Reiterertruppen von Döberitz nach Berlin führte, nach dem Zusammenbruch des Rapp-Butsches in Bayern Nachschuß und Schutz der Verfolgung fand, dann doch in München, nicht von Organen der bayerischen Staatsgewalt, gefaßt wurde und schließlich vor einigen Monaten aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis ausbrach, dieser Ehrhardt steht nun mit seinen Truppen in Coburg und rüstet dort zum zweiten Marsch nach Berlin.

Ganz Bayern ist für ihn Etappe, zu Ludendorff und Hitler steht er im Verhältnis des Beauftragten, der Reitergeneral v. Lossow ist ihm als Gleichgestimmter ein sicherer Bundesgenosse. In Berlin legt Graf Westarp seine Stirn in Falten und meint — in der „Kreuzzeitung“ — „Vorstände Bayerns würden sich kaum vermeiden lassen, wenn den bayerischen Wünschen nicht Rechnung getragen würde. Die bayerischen Wünsche aber lauten klar und bestimmt: Abdankung des Reichspräsidenten, Rücktritt Stresemanns, Sturz der verfassungsmäßigen Regierung in Preußen, Errichtung einer Rechtsdiktatur auch in Berlin.“

Was tut die Reichsgewalt in diesem kritischen Augenblick? Ruft sie alle Freunde der Verfassung zur Verteidigung auf? Nein, in diesem Augenblick wird der sächsische Polizeioberst Dr. Schühlinger vom General Müller „bis auf weiteres vom Dienst entzogen“. Maggebend hierfür war, sagt M.T.B., „daß verschiedene Anlässe der letzten Zeit zeigten, daß es dem Polizeiobersten Dr. Schühlinger seiner ganzen Einstellung nach schwer fällt, sich in die Unterstellung der Polizei unter das Wehrtreikommando zu finden. Damit besteht in der Person des Polizeiobersten Dr. Schühlinger eine Schwierigkeit für das glatte Zusammenarbeiten zwischen dem Wehrtreikommando und der Polizei, da sein Verhalten naturgemäß auch Unklarheit und Unsicherheit über die Dienstausführung der ihm untergeordneten Beamten zur Folge haben muß.“

Schühlinger bietet „seiner ganzen Einstellung nach“ Schwierigkeiten für ein glattes Zusammenarbeiten: er ist nämlich ein entschiedener Republikaner. In Sachsen ist nach dem großen militärischen Scherbenwurf mit Mühe und Not wieder eine verfassungsmäßige Regierung gebildet worden, eine Regierung, die der Reichsgewalt im Kampf für die Republik die beste Stütze sein könnte. Morgen wird sie sich dem Landtag vorstellen. Just in diesem Augenblick muß der Chef der sächsischen Landespolizei „wegen seiner ganzen Einstellung“ vom Dienst entzogen werden. Man sieht, die Regie arbeitet tadellos gegen die Republik!

Was war es am Sonnabend? Kein Ultimatum Rahrs! Nur ein Besuch Pregers in der Reichskanzlei, der alles in der höchsten Aufregung verfehlte. Man hat dem „Vormärks“ in anderen Blättern Vorwürfe gemacht, weil er mitteilte, was man in politischen Kreisen erzählte. Immerhin hat die Mitteilung wie ein Alarmruf gewirkt. Man hat die Augen aufgerissen und erkannt, wie die Dinge sind.

Die Berliner Montagsblätter haben nach Nordbayern „Kriegsberichterstatter“ geschickt. Die haben von dort allerlei Erbauliches zu berichten. Besonders interessiert uns ein Bericht der „Montagspost“ aus Koburg, der in das Geheimnis des Pregar-Besuchs am Sonnabend vielleicht einiges Licht bringt. Da heißt es:

Am Freitag ist in Koburg eine große Versammlung abgehalten worden, die man als Generalsappell und Heerschau über die Gefechtskraft ansehen muß. Man hat von Koburg aus an den Generalsstaatskommissar von Kabe nach München ein Telegramm geschickt, in dem er dringend aufgefordert wird, sofort Befehl zum Vormarsch zu geben. (Dieses Telegramm ist wohl die Ursache zu der mißverständlichen Nachricht, daß Kabe den Befehl zum Vormarsch gegeben habe. Es ist auch gar nicht ausgeschlossen, daß man das Telegramm in München umschrieb und die Nachricht herausgegeben hat, um für die Koburger Aktion eine Handhabe zu haben.) Etwa um die gleiche Stunde wurde in Bamberg eine Versammlung des Wiking-Bundes abgehalten. In dieser wurde schleunigst die Berufung eines Diktators verlangt, und unter tosendem Beifall der Versammlung wurde erklärt: „Es gibt nur einen Mann, der Deutschland retten kann, und das ist der Diktator-Kapitän Ehrhardt.“

Nicht minder bemerkenswert ist ein Bericht, den Hauptmann C. L. Faber aus Koburg dem „M.“ schickt. Sein militärisch geschultes Auge sieht einen Aufmarsch, der noch nicht vollendet, aber in vollem Gange ist. Es wird marschiert, egeriert, requiriert. Einstweilen sind es 10 000 Mann, aber man erwartet mehr. Neben Ehrhardt und Hitler erscheint der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha als führende Persönlichkeit. Es wimmelt von „Wehrwölfen“, Jungdozenten“ und ähnlichen Befreiungshelden. Autos werden beschlagnahmt, Lebensmittel werden beschlagnahmt, jüdische Einwohner werden über die Grenze gejagt. Man wirbt Arbeitslose bei voller Verpflegung und 10 Milliarden Böhnung pro Tag. Hauptmann Faber meint zusammenfassend:

Die Stunde der gewaltigen Lösung ist noch unbestimmt, aber sie rückt dröhnend näher. Sie kann nach meinen an Ort und Stelle gemachten Eindrücken keine acht Tage mehr auf sich warten lassen. Und Berlin schweigt noch immer!

„Berlin schweigt noch immer.“ Allerdings. Man wird vielleicht sagen, es komme jetzt mehr darauf an zu handeln als zu reden. Und wir wären sehr glücklich, wenn wir sagen dürften: „Wir haben eine Regierung, der wir schweigend vertrauen dürfen, wir haben eine bewaffnete Macht, auf die sich die Republik verlassen kann!“

Aber dürfen wir das? Die sozialdemokratischen Minister sind aus dieser Reichsregierung hinausgegangen, weil sie keine Anstalten traf, die Republik zu verteidigen. Durch ihren Austritt dürfte die Energie der Regierung schwerlich gewachsen sein.

Bayern ist nach seiner eigenen Behauptung noch immer deutscher Bundesstaat. Ist es das, so kann man zum allermindesten von ihm verlangen, daß es auf seinem Boden keine kriegerischen Vorbereitungen zuläßt, die deutsche Nachbarn beunruhigen. Nichts wäre selbstverständlicher, als wenn Bayern von Berlin aufgefordert würde, binnen kürzester Frist die an der Thüringer Grenze aufmarschierenden Barden auseinanderzujagen und den entsprungene Untersuchungsgefangenen, der sie führt, auszuliefern, andernfalls von hier aus dem Spul ein Ende gemacht werden würde. Das wäre das ganz selbstverständliche Auftreten eines Staates, der überhaupt noch einer ist.

Weicht Bayern nicht zurück, so stehen dem Reich, wenn es nur will, zehnmal mehr kriegserfahrene, republikanisch gesinnte Soldaten zur Verfügung, als es braucht, um mit den Auführern fertig zu werden. Man müßte nur einen Willen sehen, dann würde man ihm freudig gehorchen, man müßte nur einen Ruf hören, man würde ihm folgen. Dann würde schon die bloße Gestalt der Entschlossenheit genügen, um zu zeigen, daß die deutsche Republik kein Spielzeug für Verbrecher und halbweiche Knaben ist.

Der „Soz. Parlamentsdienst“ schreibt:

„Als der „Soz. Parlamentsdienst“ vor wenigen Tagen auf die Rüstungen der illegalen Verbände an der bayerisch-thüringischen Grenze hinwies, ließ die Reichsregierung erklären, daß sie sofort eine Untersuchung einleiten werde. Nach unseren Informationen ist diese Untersuchung längst abgeschlossen, und die Generalsstaatskommissare, die von dem Reichswehrminister nach Coburg entsandt wurden, haben in Berlin schon vor drei Tagen Bericht erstattet. Nach ihrer Aufzählung beträgt die Zahl der an der bayerisch-thüringischen Grenze zusammengezogenen illegalen Hitlerbanditen sechstausend Mann. Diese Angaben sind noch ungenügend zureichend. Sie unterschätzen die Zahl der Bewaffneten um mindestens viertausend. Aber das ist gegenwärtig für uns nicht das Entscheidende. Worauf es uns ankommt, ist eine Erklärung darüber, warum das Untersuchungsergebnis bis heute nicht amtlich bekanntgegeben wurde. Vielleicht gibt Herr Gehler bald darüber Auskunft.“

Eine Verordnung des Reichswehrministers. Gegen Beschimpfungen und Falschmeldungen.

Reichswehrminister Dr. Gehler hat folgende Verordnung erlassen: Durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. September 1923 sind der Reichswehr Aufgaben übertragen worden, die mehr als bisher das Interesse der Öffentlichkeit auf sie gelenkt haben. In sachlicher Form Kritik an dem Verhalten der Reichswehr zu üben, soll niemanden verwehrt werden. Ich kann aber nicht gestatten, daß das letzte Machtmittel des Staates durch Beschimpfungen oder falsche und irreführende Darstellungen seines Verhaltens in der Öffentlichkeit herabgewürdigt wird. Auf Grund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. September 1923 verbiete ich daher alle öffentlichen Beschimpfungen der Reichswehr sowie die öffentliche Verbreitung von unwarren Nachrichten, die geeignet sind, ihr Ansehen in der öffentlichen Meinung herabzumwürden. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung vom 26. September 1923 bestraft. Zeitungen, die solche Beschimpfungen oder Nach-

Das Ende der Papiermark. Amtliche Kurse wie Sonnabend.

Die alarmierenden Nachrichten über den Aufmarsch der bayerischen Verbände an der thüringischen Grenze veranlaßten naturgemäß an der Berliner Börse bei Wochenbeginn eine außerordentlich unruhige Stimmung. Es kommt hinzu, daß nunmehr auch New York und Kopenhagen sowie andere Plätze dem Beispiel der Schweiz gefolgt sind und Geschäfte in Mark eingestellt haben. Die New Yorker Marknotierung, die bisher für die Berliner Börse eine sehr große Bedeutung hatte, fällt damit weg. Man befürchtet in hiesigen Finanzkreisen, daß auch andere große Auslandsplätze vor allem der wichtigste Markt für die deutsche Bilanz, Amsterdam, diesem Beispiel folgen könnten.

Am Devisenmarkt wurden die Kurse wieder in der gleichen Höhe wie Sonnabend festgesetzt. Auf die wichtigsten ausländischen Plätze wurden 3 Proz. der inländischen Nachfrage befreit. In den Börsenkreisen neigt man angesichts dieses Festhaltens an dem jetzt erreichten Kursniveau zu der Auffassung, daß dieses die Grundlage des festen Verhältnisses zwischen Papiermark und Goldmark bilden soll.

richten enthalten, sind von dem zuständigen Inhaber der vollziehenden Gewalt auf mindestens drei Tage zu verbieten. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Da Graf Westarp in der Sonntagsausgabe der „Kreuzzeitung“ der Reichswehr unterstellt, sie leiste nur den Befehlen einer deutschnationalen Regierung Folge, müßte die Verordnung des Reichswehrministers zum erstenmal auf die „Kreuzzeitung“ angewandt werden.

Westarp droht!

Bayerische Vorstöße sind notwendig!

Der Graf Westarp, der das hungernde Volk bei vollen Scheunern verhungern lassen möchte, befaßt sich in der Wochenschau der „Kreuzzeitung“ auch mit der Regierungskrise. Selbstverständlich erklärt er, daß „ein ebenso wesentlicher wie unerlässlicher Schritt... die Sprengung der großen Koalition auch in Preußen“ sei. Und wenn sie nach ihrer Sprengung etwa durch die „kleine Koalition“ abgelöst werden sollte, so weiß Westarp schon im voraus, daß weder die norddeutschen noch die bayerischen Faschisten irgendeiner kleinen Koalition das notwendige Vertrauen entgegenbringen würden.

Es ist mit aller Bestimmtheit vorauszusetzen und vorauszusagen, daß Bayern eine auf die kleine Koalition sich stützende Regierung Stresemanns nicht die Hand zur Lösung des Konflikts bieten wird, weil auch Bayern zu ihr nicht das Vertrauen hat, daß sie die Befreiung von der Vorherrschaft des Marxismus bedeutet. So verlängert und verschärft dieser Plan die Gefahr für die Einheit des Reichs. Darüber hinaus lagen gestern Nachrichten vor, die es wahrscheinlich erscheinen lassen, daß, wenn nicht alsbald eine wirklich dem Sozialismus gegenüber unabhängige Reichsregierung zustande kommt, aus Bayern Kräfte vorstoßen werden, um in Sachsen und in Thüringen Ordnung zu schaffen. ... Darüber aber kann nach unserer Kenntnis der Dinge kein Zweifel sein, daß tatsächlich bayerische Vorstöße sich kaum werden verhindern lassen, wenn nicht bald eine den bayerischen Anschauungen gerecht werdende Gestalt der Regierungsverhältnisse im Reich erfolgt, und daß der Plan des Herrn Dr. Stresemann, wie er oben besprochen ist, diese Gefahr nicht bannen wird. Im Zusammenhang damit muß ausgesprochen werden, daß auch aus den Kreisen der vaterländischen Verbände Norddeutschlands der neuen kleinen Koalition nicht das Vertrauen entgegengebracht werden wird, ohne das die Reichswehr nicht in der Lage ist, die öffentliche Ruhe und Ordnung gegen die bolschewistische Gefahr wiederherzustellen und ausrechtzuerhalten. ...

Das heißt also mit dürren Worten, die Reichswehr kann nichts unternehmen, ohne daß der deutschnational-faschistische Ordnungsbrei ihr das nötige „Vertrauen“ einflöße. Das ist eine so unverschämte Unterstellung, daß die Reichswehr diesen Zweifel an ihrer Treue zur Republik sofort und öffentlich durch ihre Kommandeure zurückweisen müßte. Schwächen müßte als Zustimmung ausgelegt werden. Und weder Dr. Gehler noch General von Seeckt werden doch wohl der Westarpschen Unterstellung zustimmen wollen? Die verstockte Drohung des deutschnationalen Heiden, der in der Revolutionszeit sozialdemokratische Volksbeauftragte um „freies Geleit“ anbettelte, jetzt aber „bayerische Vorstöße“ und ihre Unterstützung durch norddeutsche Faschisten als unvermeidbar hinstellt, wird aber auch denen zu denken geben, die bisher immer noch an eine friedliche Entwicklung der Dinge glauben möchten.

Auch die „Landwirtschaft“ meldet sich.

Durch die schmerzhafte „Telegraphen-Union“ wird eine Rundgebung „aus Landbundkreisen“ verbreitet, in der versichert wird, daß „man in der Landwirtschaft ganz Deutschlands mit größter Besorgnis der jüngsten Entwicklung der politischen Verhältnisse gegenübersteht“. Dann heißt es weiter:

„Die Landwirtschaft kann aus den bisher bekanntgewordenen Veränderungen der Reichsregierung keinen Systemwechsel erkennen; im Gegenteil fürgt die äußere Form des Austritts der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung die Gefahr in sich, daß sich die Reichsregierung des Wohlwollen der Sozialdemokratie nun mit noch erhöhteren Zugeständnissen an den Marxismus erkaufen muß. Die Tatsache, daß die Reichsregierung bis jetzt noch nicht den Anschluß an die Deutschnationale Volkspartei gesucht hat, beweist, daß sie den entscheidenden Kurswechsel in nationaler und wirtschaftspolitischer Beziehung nicht wagt. Das deutsche Landvolk kann bei seiner deutschen Art Vertrauen nur zu solchen Führern haben, die den Mut einer klaren Entscheidung aufbringen. Das Richtwegen gegen ein Weiterbestehen des bisherigen Systems der Kompromisse und inneren Unwahrscheinlichkeiten wird durch die letzten finanzpolitischen Entschlüsse des Reichskabinetts nur noch bestärkt. Der Versuch, durch einen Beschluß der Reichsregierung die Papiermark wertlos zu machen, indem man sie in ein festes Verhältnis zur Goldmark zwängt, stellt ein Versprechen an die verzweifelte Bevölkerung dar, das bei einem Weiterarbeiten der Notenpresse gar nicht erfüllt werden kann. Das Kabinett, das einem Finanzminister zustimmt, der jetzt nach glaubt, mit solchen sogenannten „Neuen Mitteln“ arbeiten zu können, statt staatsmännisch zu handeln, beweist der Landwirtschaft, daß es nicht die verhängnisvollen Wege des bisherigen Systems verlassen kann.“

Poincarés Rekordleistung.

Zwei Reden, drei Ansprachen — und immer dasselbe!

Der französische Ministerpräsident hat am gestrigen Sonntag nicht weniger als zwei Reden und drei kurze Ansprachen im südransischen Departement Correze gehalten. Der eigentliche Zweck seiner dortigen Rede war eine Rettungsaktion für den dort gewählten, aber stark gefährdeten Finanzminister de Gastegrie. Daher galt die Rede, die er im Städtchen Tulle hielt, vor allem den innerpolitischen Fragen. Aber gerade dieser Teil seiner Ausführungen scheint in den Reihen seiner eigenen Anhänger enttäuscht zu haben, weil er sich im Gegensatz zu Millerand sehr vorsichtig ausdrückte und sich nicht rückhaltlos für den nationalen Block einsetzte. Daher wird er nicht nur von Lardieu im „Echo National“, sondern auch von Herold in der „Victoire“ lebhaft kritisiert, wobei ihm letzterer Untenstichlossenheit gegenüber dem Block der linken vorwirft, welcher ihm seine nationale auswärtige Politik durchkreuzt.

Uns berühren aber hauptsächlich die Ausführungen, die Poincaré über die auswärtige Politik zuvor in Brive gemacht hatte. Zunächst polemisierte er gegen eine in angelsächsischen Ländern verbreitete amtliche deutsche Denkschrift über die bisherigen Reparationsleistungen Deutschlands. Die darin insgesamt mit 55 Milliarden Goldmark beziffert werden. Demgegenüber behauptet Poincaré, die Reparationskommission hätte bis zum 30. Juni 1923 nur 8,850 Goldmark registriert, wovon Frankreich 2,152 Milliarden erhalten hätte, wobei ihm abzüglich seiner Befahrungskosten netto nur noch 244 Millionen Goldmark für Reparationszwecke übriggeblieben seien.

Seit Jahr und Tag ist hier in Anbetracht des klaffenden Unterschiedes zwischen den deutschen und den alliierten Auffassungen wiederholt angeregt worden, daß eine unparteiische Instanz die Ursachen dieser ungeheuren Unterschiede zwischen den beiderseitigen Angaben prüfe und die tatsächlichen Leistungen Deutschlands von sich aus feststelle. Die Reparationskommission ist zwar das vertragsrechtliche Instrument für solche Nachprüfungen, doch wird niemand behaupten können, daß sie ein unparteiisches Instrument ist. Daß Frankreich für seine Befahrungskosten, die bekanntlich zum Teil absolut skandalöser Art sind, zehnmal so viel ausgegeben hat, als ihm für eigentliche Wiederaufbauzwecke übrig blieb, ist seine Sache und ändert nichts an den tatsächlichen Leistungen und an dem bisherigen Leistungswillen Deutschlands.

Auf die Frage der internationalen Sachverständigenkonferenz übergehend, präziserte Poincaré erneut den unverändert unangenehmen Standpunkt Frankreichs wie folgt:

Wir haben unsere Vorsichtsmaßnahmen treffen müssen, damit man nicht versucht, uns unsere Pflichten vor vollkommener Zahlung aus der Hand zu nehmen, und damit man nicht bei der Unterjochung, die die Reparationskommission vornehmen wird, auf Umwegen auf eine neue Festlegung der deutschen Schuld kommen kann.

Sobald aber behauptete er, Frankreich habe seinen Alliierten gern einen Freundschapsbeweis geben wollen, indem es das Prinzip einer Sachverständigenuntersuchung angenommen hätte, jedoch nur im Rahmen des Friedensvertrags.

Nach einer erneuten Versicherung, daß Frankreich nicht daran denke, deutsches Gebiet direkt oder indirekt zu annektieren, polemisierte Poincaré gegen den englischen Standpunkt zur Rheinlandfrage. Er bestritt, daß eine Unabhängigkeitserklärung dieser oder jener Bevölkerungsgruppe im Rheinland eine Revision des Versailler Vertrags bedeuten würde, vielmehr widerspreche eine solche Auffassung den Grundsätzen des Völkerrechts. (1) Die Alliierten hätten weder versprochen, die deutsche Verfassung noch die deutsche Einheit gegen die Deutschen zu schützen. Mit diesen Worten zeigte Poincaré ein neues Mal, wie sehr er noch immer auf den Sieg der von Frankreich unterstützten rheinischen Aufständischen hofft.

Ein neuer Vorbehalt Poincarés.

Die Aussichten auf das Zustandekommen der von England und Amerika angeregten Sachverständigenkonferenz sind seit gestern noch mehr verschlechtert worden, indem Poincaré plötzlich einen dritten Vorbehalt erhoben hat: Es soll der Konferenz nicht gestattet werden, die Maßnahmen zu behandeln, die Frankreich und Belgien getroffen hätten, um das Ruhrgebiet „produktiv“ zu gestalten. In englischen Kreisen ist man laut „Zeit Journal“ über diese neue Einwendung Poincarés sehr erregt, und man befürchtet, daß die Teilnahme Amerikas dadurch noch mehr in Frage gestellt werden könnte; denn zur Prüfung der augenblicklichen Leistungsfähigkeit Deutschlands gäbe auch eine Untersuchung über das Ruhrgebiet, den wichtigsten wirtschaftlichen Faktor Deutschlands.

Auch Reuters meldet aus Washington, daß die großen Hoffnungen der vorigen Woche jetzt einem Gefühl äußerster Unsicherheit angesichts der Einwendungen Poincarés Platz gemacht hätten. Aus New York meldet Associated Press, daß die amerikanischen Bankiers als Voraussetzung für die Gewährung einer internationalen Reparationsanleihe für Deutschland die Herabsetzung der deutschen Schuld ansehen.

Die englischen Blätter äußern sich sehr ungehalten über Frankreichs Haltung, die im Gegensatz zu der Haltung Belgiens und Italiens stehe. „Times“ melden aus Brüssel, daß man dort die Hoffnung auf die Bewirkung des Konferenziplanes nicht aufgegeben habe. Das gleiche Blatt berichtet aus Paris, daß man dort den Stimmungsumschwung in Amerika und in Belgien zum Ungunsten des französischen Standpunktes sehr peinlich empfinde.

Kommunistenspaltung in Norwegen.

Das norwegische Schmerzkind der Moskauer Internationale stand gestern vor einer peinlichen Entscheidung. Es sollte ein Ultimatum Rasfous schicken, wonach nur die Beschlüsse der kommunistischen Internationale für die Handlungen der norwegischen Partei maßgebend sein dürfen, widrigenfalls die Partei aus der Dritten Internationale ausgeschlossen werden würde.

Der in Kristiania zusammengetretene Parteitag verwarf mit 169 gegen 103 Stimmen das Ultimatum, indem er sein Recht auf eigene Meinung über interne Parteifragen zum Ausdruck brachte. Daraufhin verließ die Minderheit den Saal und hielt ihren eigenen Kongress ab. Die Mehrheit wählte einen neuen Vorstand.

Geldentwertung und soziale Leistungen.

Angesichts des neuen Währungsfuß hat der Reichsarbeitsminister die Länder ermächtigt, für die Erwerbslosenunterstützung der Woche vom 5. bis 10. November beschleunigt Vorkasse in dreifacher Höhe der Wochenlöhne für die abgelaufene Woche auszugeben zu lassen. Im besetzten Gebiet bleiben hierbei prozentuale Zuschläge außer Betracht.

In der Invaliden- und Angestelltenversicherung werden mit Wirkung vom 6. November die Jahresarbeitsverdienste der Bezugsordnung vom 17. Oktober 1923 verzwanzigfacht; dem zwanzigfachen Jahresarbeitsverdienst entspricht auch der zwanzigfache Beitrag.

Für Reichseinheit und Republik.

Am Sonntag tagten im Herrenhaus die sozialistische Arbeiterjugend, Jungsozialisten, der Jugendbund Schwarzrotgold, der demokratische Jugendbund und die Windhorstbünde, um ihre Stimmen für Reichseinheit und Republik zu erheben.

Als Erster sprach Genosse Westphal über die Entwicklung der Dinge im Reich, besonders am Rhein, an der Ruhr und in Bayern. Eine schwere Zeit durchlämpfen wir. Wir stehen vor dem geistigen und körperlichen Zusammenbruch, während die Reaktion mit allen Kräften am Werk ist und wir keine Maßnahmen zur Abwehr treffen. Deutsche stehen gegen Deutsche und verhindern gegenseitig den Aufbau und die Entwicklung Deutschlands nach dem unglücklichen Versailler Frieden. Das Reich ist nicht einig! Wohl erhält man den Schein der Einheit; denn Volk und Wirtschaftsgrenzen kennen ja die Geschäfte der Kapitalisten behindern, bei denen auch heute noch nur Geschäfte gelten. Die republikanische Begeisterung ist kein Geschäft, kein leeres Wort. Die Reaktion steht vor ihrem Trümpf. Keinen feigern Sieg als diesen wird es in der deutschen Geschichte geben. Schon 1848 wollte das Volk die Demokratie. Heute will man sie ihm rauben. Die Reaktion will herrschen, unumschränkt, ohne Volk. Wir müssen der Reaktion die Mäste herunterreißen; denn eine Republik beurteilt man nach dem Geist, der sie erfüllt, nie nach dem Namen. Die Form soll ja nur geändert werden, nicht der Name, Deutschland ein freier Volksstaat! Wie weit sind wir heute schon wieder von ihm entfernt. Mit der Republik will man uns ein Stück unseres Herzens rauben. Auch diese Kundgebung wird die drohende Gefahr nicht abwenden, denn tausendmal besser wären jetzt Waffenübungen statt Redebildungen. Noch haben uns keine republikanischen Führer zur Tat aufgerufen, trotzdem geloben wir jetzt schon die Republik mit unseren Leibern zu schützen und solange wir atmen, gibt uns nur ein Wort: Es lebe die Republik! (Stürmischer Beifall.)

Als nächster Redner spricht Giesling vom Demokratischen Jugendbund. Ein neuer Kampf der Stille, der Seele und des Charakters kann uns nur zum Ziel führen. Wir fragen die heutigen Vertreter der Macht an, vieles unterlassen zu haben; denn die Republik kann durch kein Gesetz und keine Verordnung zur Staatsform gemacht werden, sondern sie muß innerlich in den Herzen der Menschen verankert sein. Wir als junge Demokraten werden uns nie auf den ausschließlichen Boden der Tatsachen stellen, sondern wir stehen nun und immer auf dem Boden der Republik, die wir mit allen unseren Kräften schützen werden. (Beifall.)

Dann sprach Krohne für das Jungzentrum: Wir wissen nicht, was uns die nächsten Stunden bringen werden. Aber das wissen wir: die wahre deutsche Jugend steht fest zur einzigen deutschen Republik. Wir mißbilligen, daß mit Schlagwörtern „Los vom Marxismus“ Volksteile sich offen gegen die Republik wenden. Die Parteien der Alten verstehen sich oft nicht mehr. Wir, die

Jugend, der Parteien, wir verstehen uns und wir wollen uns weiter verstehen lernen. (Stürmischer Beifall.)

Dann ergriff, lebhaft begrüßt, Reichsminister a. D. Genosse Soffmann das Wort:

Ich bin erfreut über den starken politischen und republikanischen Zug der deutschen Jugend. Wie begeistern uns für Einheit und für die Republik. Welches ist in Gefahr. Man will alle Herrenrechte wieder aufheben. Man richtet sich gegen Marxismus und Sozialismus, um den Mammonismus aufzurichten. Niemals ist das Freiheitsgefühl deutscher Jugend schamloser mißbraucht worden als heute. Die Zukunft Deutschlands kann niemals in den Händen von Männern liegen, die Mörder für republikanische Minister dinge und Banden ausheilen, die der Republik den Garaus machen sollen. Unter schlaumer Segner ist die Unentschlossenheit der deutschen Republik. (Stürmischer Beifall.) Mich widert das Casieren und Verhandeln mit dem Landesfeind an. Ich bin aus der Regierung ausgeschieden, weil ich den Glauben verlor, daß die Führer der deutschen Republik geeignet sind, das Volk zu führen. (Stürmischer Beifall.) Steht die Republik, dann steht sie an der Spitze ihrer Führer. Ich ehre den Pazifismus, aber ich freue mich doch, daß aus der Verjüngung der Rasen Waffen leuchtend werden. 50000 bewaffnete Republikaner im südlichen Thüringen, und der Spieß des Faschismus wäre in wenigen Augenblicken zerbrochen. Der Führer der deutschen Republik, der an die deutsche Jugend den Ruf „In den Waffen“ rufen würde, dem wäre der Jubelnde Dank dieser Jugend gewiß. Wir brauchen die Spannkraft junger Menschen ohne Grundpreise und Dollarkurse, solcher Menschen, die wollen sind, die Republik zu schützen und zu verteidigen. Im Lager der Republik ist die Einheit, ist die Freiheit. Darum alles für die Republik, alles für Deutschland. (Stürmischer langanhaltender Beifall.) — Zum Schluß wurde folgende

Erklärung

angenommen: „Die deutsche Republik kämpft um ihren Bestand. Unseres Volkes und Reiches Einheit droht zu zerfallen. In dieser Stunde bekennen wir uns aus innerster Überzeugung zur deutschen Republik. Nur auf ihr ruht das deutsche Volk. Das Volk und die Zukunft, die Einheit und Freiheit des Deutschen Reiches. Wir wollen uns stets für die Einheit des deutschen Volkes, für die demokratische Selbstbestimmung unseres Volkes mit allen Kräften einsetzen. Es gibt keine Gefahr, die uns von diesem Wege abbringt.“

Der Gesang „Mit uns zieht die neue Zeit“ beschloß die eindrucksvolle Feier.

Das Brot kostet 140 Milliarden!

Das Ernährungsministerium hält den Preis für unberechtigt.

Die Berliner Bevölkerung wurde heute früh durch die Schreckensnachricht überrascht, daß das Brot vom heutigen Montag ab 140 Milliarden kosten würde. Dieser Preis ist am gestrigen Sonntag unter Berücksichtigung der neuesten Marktpreise vom Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlin gefordert und von der Preisprüfstelle als berechtigt anerkannt worden. Darüber hinaus ist die Kalkulation der Bäckermeister auch von dem Leiter der Bucherpolizei, Regierungsrat Hindel, nachgeprüft und gebilligt worden, da auch bei dieser Behörde festgestellt werden mußte, daß das Bäckergewerbe unter den heutigen Verhältnissen das Brot nicht billiger herstellen kann.

Wenn von anderer Seite erklärt wird, daß das Reichsernährungsministerium an einen Rechenfehler bei dieser Brotpreisberechnung glaube, und daß heute wegen dieser neuen Preissteigerung Besprechungen im Ministerium stattfänden, so mag das an und für sich richtig sein, es ändert aber nichts an der Tatsache, daß das Brot heute 140 Milliarden kostet. Daß dieser Preis für weite Kreise der Bevölkerung untragbar ist und unter allen Umständen baldmöglichst revidiert werden muß, ist selbstverständlich. Nur darf man hoffen, daß von den zuständigen Behörden, insbesondere vom Reichsernährungsministerium, Abhilfe an denjenigen Stellen geschaffen wird, die die Voraussetzungen für eine so unerhörte Brotpreissteigerung erst geschaffen haben. Die Zustände auf dem Weichmarkt haben sich in den letzten Tagen katastrophal entwickelt. Abgesehen davon, daß die Goldgrundpreise für das Weizen in der letzten Woche um nicht weniger als 40 Proz. erhöht worden sind, fordern die Mühlen und Händler von den Bäckern noch das Doppelte der amtlich notierten Marktpreise, wenn die Bezahlung nicht in wertbeständigem Geld, sondern in Papiermark erfolgt. Die Belieferung des Bäckergewerbes mit erhöhten Mengen wertbeständigen Geldes, wie das ja bei den Schmalz- und Margarinehändlern bereits der Fall ist, würde daher bereits eine wesentliche Beilichtigung der Untkosten bei der Brotherstellung zur Folge haben. — Entgegen anders lautenden Meldungen sei übrigens festgestellt, daß beispielsweise in Hamburg am heutigen Montag das Normalbrot, das 400 Gramm weniger wiegt als das Berliner, ebenfalls 138 Milliarden Mark kostet, und daß man dort bereits für die nächsten Tage mit einer weiteren starken Preissteigerung rechnet, weil die Hamburger Bäckergelehrten auf Gold umgestellt werden sollen. In Berlin ist die Erregung unter der Verbraucherschaft über den neuen Brotpreis eine so große, daß zahlreiche Bäckermeister heute früh gegenüber der drohenden Haltung der vor den Geschäften verjammelten Menge nicht gewagt haben, ihre Türen zu öffnen. In einigen Stadtteilen sind Plünderungen von Bäckersäcken zu verzeichnen.

Unlächlich wird mitteilt:

Einige Notgerächler haben berichtet, daß mit Zustimmung der Preisprüfstelle der Brotpreis in Berlin auf 140 Milliarden Mark festgesetzt würde. Wie wir aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft erfahren, hält diese eine derartige Erhöhung des Brotpreises nach Lage der Verhältnisse nicht für berechtigt. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat, als es von diesem Beschluß Kenntnis erhalten hatte, sofort für heute vormittag eine Beratung der beteiligten Stellen, unter Zustimmung der Preisprüfstelle und des Landeswucherrates angeordnet, um mit allen Mitteln gegen jede unberechtigte Erhöhung des Brotpreises vorzugehen.

Mit dieser Erklärung ist im Augenblick nichts getan. Die Hauptsache ist, daß sofort etwas geschieht, um den Brotpreis noch im Laufe des Tages herabzusetzen. Die große Masse glaubt nicht mehr den Vertrocknen auf stützende Beratungen, die schließlich nur ein Eingeständnis dafür sind, daß man nichts machen könne.

Die Sozialrentner verhungern!

Es ist keine Uebertreibung, sondern lediglich die trostlose Konstatation einer brutalen Tatsache, daß unsere Sozialrentner in Berlin, die auf ihre Rente angewiesen sind, buchstäblich hungern und verhungern müssen, wenn nicht besser für sie gesorgt werden kann und gefordert wird. Zugunsten, daß in Berlin von der Gemeindeverwaltung alles aufgeboten wird, um den Sozialrentnern ihr schweres Los zu erleichtern. Dennoch muß gesagt werden, daß alles, was geschieht, nur ein Tropfen ist auf einen heißen Stein. In dem

Augenblick, in dem die Höhe der Rentenbeträge und der Nachzahlungen bemessen wird, haben die festgesetzten Summen noch eine gewisse Bedeutung. Bis dann aber die Listen aufgestellt und die Gelder den Bezirksvorstehern zur Auszahlung zugewiesen sind, ist das Wasser schon längst durch das Sieb hindurchgelaufen. Der letzte eben ausgezahlte Betrag war 44 Milliarden 675 Millionen Mark. Die Alten, die sich erst heute morgen ihr Geld abholten, weil die Gelder an einigen Stellen zur Auszahlung am Sonnabend zu spät kamen, wußten bereits, daß der Brotpreis über Nacht auf 140 Milliarden hochgetrieben würde. Was sollen nun die Deutschen mit ihren vierundvierzig Milliarden?

Das Reich gab billige Kohlen für die Sozialrentner — es kamen auf jeden Stadtbezirk drei Zentner; insgesamt drei Zentner für etwa je 50 Personen. Zum Hunger kommt bald die Kälte.

Es muß schon mindestens dafür gesorgt werden, daß die paar Wiener, die die Sozialrentner als „Millionen“ erhalten, werbeständig bezahlt werden. Denn auch von ihnen werden Gaspreise und Bucherpreise gefordert. So wie bisher geht es jedenfalls nicht mehr, wenn nicht die Absicht besteht, die wenigen Sozialrentner, denen im kaiserlichen Deutschland versichert wurde, daß für ihr Alter gesorgt sei, einfach verhungern zu lassen.

Deutschösterreichische Wühlerei unter Erwerbslosen.

Bei den Arbeitsnachweisen und an den Erwerbslosen für vorgestellten wird jetzt nicht nur von den Kommunisten eine sturpöhlige Agitation unter den bedauernswerten Opfern des Zusammenbruchs der Wirtschaft getrieben. Auch deutschösterreichische Wühlerei und erwerbslose beteiligen sich an dieser Wühlerei und erwerbslose durch Not und Elend widerstandslos geborenen Zuhörern das Blaue vom Himmel herunter. Ueber das Treiben dieser Agitatoren, die der Revolution und der Sozialdemokratie die Folgen des durch die Monarchie mit ihrem Militarismus herbeigeführten Krieges aufbürden möchten, wird uns besonders aus dem Arbeitsnachweis in der Giskiner Straße und aus der Erwerbslosenfürsorge in der Friesenstrasse berichtet. Es ist nötig, drorrartige „Wühlerei“ scharf im Auge zu behalten und ihnen die gebührende Antwort zu geben, die ihnen das Konzept gründlich verdirbt.

Selbstmord nach einem Ehebruch. Die 25 Jahre alte Frau Anna H. geriet heute mit ihrem Ehemann in dessen Geschäftsräumen in der Grünstraße in einen heftigen Streit. Während sich der Ehemann in den Nebenraum begab, schoß sich Frau H. eine Kugel in den Kopf, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Der Ankauf von Reichsfilbermünzen durch die Reichsbank erfolgt vom 5. November ab bis auf weiteres zum 35 Milliardenfachen Betrage des Nennwertes.

Zur Reichsausführung der Sozialistischen Arbeiterjugend am Sonnabend, den 10. und Sonntag, den 11. d. M., benötigen wir für die Delegierten noch bringende Quartiere und bitten die Parteigenossen, uns solche zur Verfügung zu stellen. Meldungen an das Jugendsekretariat, Lindenstr. 3. (Telephon: Dönhoff 5084/85.)

Wiedereröffnung der Arbeiterleihende Treptow-Wald. Nach erfolgter Verlegung der Arbeiterleihende in die G. Gemeindefabrik (Waldenbruchstraße) wird diese am Dienstag, den 6. November, nachmittags 3 Uhr, wieder eröffnet. Die Arbeiterleihende steht allen Kindern vom 8. Lebensjahr ab an jedem Wochentag nachmittags (außer Sonnabends) von 3—6 Uhr zur unentgeltlichen Benutzung offen.

Erwähler für proletarische Reichstendenzen. Die Ordner für die proletarischen Reichstendenzen werden gebeten, sich zwecks Eintragung beim Genossen Koch im „Ruhener Straße 9, zu melden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Charlottenburg. Die Genossen werden ersucht, sich am Dienstag an den öffentlichen Versammlungen im Kreis Charlottenburg oder Wilmersdorf zu beteiligen. — Am Mittwoch, den 7. d. M., 7 1/2 Uhr: Schulhaus Schillerstr. 96. Mitgliederversammlung.
2. Kreis Wilmersdorf. Am 6. November, abends 7 Uhr, im Sozialen Friedhof: Regionalversammlung. Mitwirkende: Männerchor „Kameraden“, Chorleiter Herr Kuhn, Sprecher für proletarische Reichstendenzen unter Leitung von Albert Knoch, Orgelklub und weitere. Eintrittskarten zum Grundpreis von 12 Millionen sind bei den Funktionären zu haben.
3. Kreis. Der öffentlichen Versammlung wegen fällt der Anruf des Bildungsausschusses aus.
4. Kreis. Die Delegierten müssen die ihnen übergebenen Einladungen zur öffentlichen Versammlung nach Berlin zur Verfügung bringen und für eine Veranschaulichung. — Debatte und Agitationsschau! Dienstag (6. d. M.) in der Giskinerstraße.
5. 10. Kreis. Am 7. d. M., abends 7 Uhr, Schulhaus Wilmersdorf: Kreisrat wichtige Funktionärenkonferenz. Erscheinen Pflicht! Mitgliederbuch und Funktionärskarte mitbringen!

